Zeitschrift: Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen

Herausgeber: Die Kette, Dachverband der privaten therapeutischen Einrichtungen in der Drogenhilfe der Region Basel

Band: 11 (1984)

Heft: 4

Artikel: Neue Wege : Ansätze einer anderen Drogenpolitik

Autor: Kroner, Katrin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-799934

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ansätze zu einer anderen Drogenpolitik

In den vergangenen Nummern hat die kette verschiedentlich die herrschende Drogenpolitik mit ihrem Schwergewicht auf strafrechtlichen Interventionen in Frage gestellt und sich gegen die Schaffung geschlossener Institutionen ausgesprochen.
Ende Januar dieses Jahres fand im Gottlieb Duttweiler Institut in Rüschlikon eine Fachtagung statt mit dem Thema "Drogenabhängige im Strafvollzug (Die Frage der Sondereinrichtungen)". Im Rahmen dieser Tagung befasste sich der Beitrag von Katrin Kroner vom Contact-Bern mit "Perspektiven aus der Sicht einer Mitarbeiterin einer Jugend- und Drogenberatungsstelle". Auf dem Hintergrund konkreter Arbeit macht sie dabei Vorschläge für Veränderungen und Verbesserungen in allen wichtigen Bereichen der Drogenarbeit. Von diesem Referat, das zusammen mit anderen Tagungsbeiträgen in diesen Tagen als Buch herauskommt (siehe Kasten), eine Kurzbearbeitung von Kurt Gschwind.
Im zweiten Beitrag von Dieter Thommen geht es um die Themen Untersuchungshaft und "Zwangsmotivation", die im Zusammenhang mit den Kontroversen um die "Holdenweid" besonders aktuell geworden sind: Gibt es – unter den geltenden gesetzlichen Bestimmungen – überhaupt Alternativen zur zwangsweisen Unterbringung "nichtmotivierter" Drogenabhängiger in geschlossenen Einrichtungen, lautet hier die Frage.

Ich bin betroffen, wenn ich von der Planung von Drogengefängnissen und Sonderabteilungen höre, weil ich befürchte, dass Jugendliche, wie ich sie betreue, früher oder später dort landen würden.
Ich bin überzeugt davon, dass wir das Problem in dieser Form in den Gefängnissen nicht haben müssten, sondern dass es Alternativen gibt. Allerdings sind auch diese Alternativen zum Teil widersprüchlich. Diese Widersprüche, die aus der jetzigen Drogenpolitik entstehen, müssen wir, meine ich, in Kauf nehmen.

Drogen sind eine Realität

Bevor wir neue Ideen entwickeln und verwirklichen können, gilt es, die Augen zu öffnen und Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, die uns anscheinend unangenehm sind.
Zunächst: Es ist eine Tatsache, dass es Drogen gibt, seit es Menschen gibt. D.h. Drogen wurden und werden in jeder Kultur konsumiert. Konkret: es gibt sie in unserer Gesellschaft, unter unseren Freunden, unseren Nachbarn, in den Gefängnissen. Änderungen unterworfen ist lediglich die Festsetzung der Legalität bzw. Illegalität der jeweiligen Drogen. Die meisten von uns haben vermutlich gerade eine Tasse Kaffee getrunken, mit Genuss als Abschluss des Essens. Im 17. Jahrhundert hätten wir deshalb alle noch mit schweren Körperstrafen zu rechnen gehabt!

Drogenabhängige wissen genau, dass sie durch den Konsum, durch Dealen, durch verschiedenste Arten der Geldbeschaffung kriminell werden. Die Folgen können hier gravierend sein. Diese und ähnliche Erfahrungen lassen sich in drei Thesen zusammenfassen, die der höchste Drogenverantwortliche im britischen Innenministerium überzeugend formuliert*.
Seine langjährige Erfahrung habe ihn gelehrt, drei wichtige Realitäten zu akzeptieren

1. *Wer heroinabhängig ist, beschafft sich Heroin.*
2. *Wir können nicht verhindern, dass Drogen auf den Markt kommen.*
3. *Therapie ist nur sinnvoll, wenn jemand wirklich aufhören will.*

Was will der Drogenabhängige ändern?

Zum Aufhören-Wollen braucht es eine Motivation. Denn Änderungen sind nur möglich, wenn und soweit der Betroffene sie will.

* zit. nach Peter Aebersold in "Plädoyer 4/84"

Ich höre immer wieder:

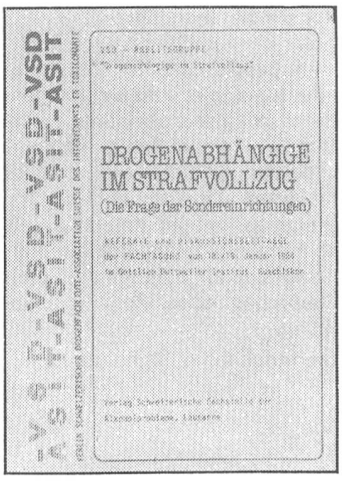
- *ich möchte sofort mit dem Entzug beginnen*
- *ich möchte ein Dach über dem Kopf haben*
- *ich suche einen Halbtags-Job*
- *ich möchte ein Zimmer, in dem ich mal 1 Monat bleiben kann*
- *ich möchte Medikamente, damit ich nicht auf die Gasse gehen muss*
- *ich suche Arbeit, die mir Freude macht*
- *ich habe mit Fixen begonnen, weil meine Freundin nichts mehr von mir wissen wollte, ich möchte wieder aufhören*

Weshalb gehen wir denn (wir, die Gesellschaft, die im Bereich der Justiz, der Therapie, der Beratung Tätigen) auf diese Wünsche so oft nicht ein?
Die Antwort ist zunächst sehr einfach: Die entsprechenden Angebote fehlen heute. Unsere Sicht ist eingeschränkt, festgefahren und blockiert durch die Ideologie der Drogen-Abstinenz, resp. der Abstinenz von illegalen Drogen (– welch ein Widerspruch!). Unsere Einstellung ist verhaftet in einem Alles- oder Nichts-Denken. Jahrelang haben Drogenfachleute verkündet, von der Drogenabhängigkeit geheilt werden kann nur, wer ein für allemal nein sagt zu seiner Sucht und bereit ist, sein Leben gänzlich zu ändern.
Dies führte zu folgendem Therapie-Modell: Beratung – körperlicher Entzug – stationäre Langzeittherapie mit verschiedenen Stufen – Wiedereingliederung und Nachsorge. Die Erfahrung zeigt, dass dieses Modell für viele Drogenabhängige erfolgreich ist, aber nie allen gerecht werden kann.
Weiter zeigt die Erfahrung, dass es in keiner Methode einen linearen Verlauf gibt. Das Loskommen von einer Abhängigkeit verläuft – wie vieles andere im Leben, das neu entsteht – meist phasenweise. Den Rauchern unter Ihnen ist dies wahrscheinlich nicht unbekannt. Fast niemandem, der sich vornimmt, das Rauchen aufzugeben, gelingt dies im ersten Anlauf. Der Rückfall löst meist verschiedene Reaktionen aus: neben der Enttäuschung auch Befriedigung darüber, es eine gewisse Zeit geschafft zu haben und die Gewissheit, dass der Versuch wieder einmal möglich sein wird.

Umdenken tut not

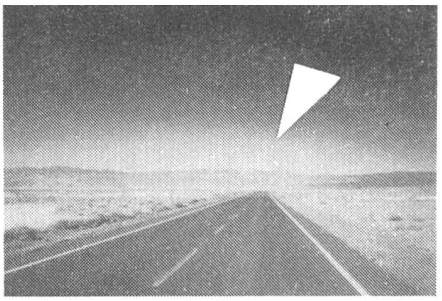
Durch das Festhalten an der eben erwähnten Ideologie der Drogenabstinenz sind wir nicht offen, die Wünsche der Drogenabhängigen selbst wahrzunehmen, auf sie einzugehen, die Betroffenen also ernst zu nehmen. Wir haben ihnen jegliche Verantwortung abgesprochen, ohne dass wir eine sichere Lösung anzubieten hätten. Stellen Sie sich als Paralelle dazu vor, Sie hätten Ihre Stelle und als mögliche Folge davon auch Ihre Wohnung verloren. Vielleicht kämen als weitere Folge Beziehungsprobleme mit Ihrer PartnerIn hinzu. Auf einer Beratungsstelle bitten Sie um Hilfe bei der Stellen- und Wohnungssuche. Bevor man auf Ihre Wünche eingeht, werden Sie nach Ihren sonstigen Gewohnheiten gefragt, der Berater hat gemerkt, dass Sie heute schon einigen Alkohol getrunken haben und will nun mit Ihnen über Ihre Trinkgewohnheiten sprechen. Absurd, nicht wahr? Ganz ähnlich verhalten wir uns jugendlichen Drogenkonsumenten gegenüber. Vitale Probleme werden deklariert als Ausweichmanöver, um von der Drogenabhängigkeit abzulenken. Voraussetzung zum Finden von Alternativen ist ein Umdenken und eine Änderung in unserer Haltung dem Drogenkonsumenten gegenüber.

"Eine wirksame Drogenhilfe kann sich nicht orientieren an der Abhängigkeit von der Droge, sondern muss die konkreten, hinter der Abhängigkeit stehenden Probleme in den Mittelpunkt stellen"



Referate und Diskussionsbeiträge der Fachtagung vom 18./19. Januar 1984.
zu beziehen bei: Verlag Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme, Lausanne.

– Wir müssen unsere Einstellung überprüfen und in diesem Zusammenhang hinterfragen, mit welcher Legitimation gewisse Drogen gesellschaftlich und strafrechtlich verfolgt, andere hingegen staatlich gefördert werden.
– Wir müssen den Drogenkonsumenten ernster nehmen, hören, was er uns mitteilt, ihn nicht be- und verurteilen.
– Wir müssen Abschied nehmen vom Gedanken, wir – RichterInnen, ÄrztInnen, PolitikerInnen, SozialarbeiterInnen – finden allein den richtigen Weg und können das Problem lösen.
– Wir müssen nicht nur einsehen, sondern auch danach handeln, dass Drogenkonsum nicht eine Seuche ist, die man mit Hilfe von Quarantäne ausmerzen kann (ich beziehe dies nicht nur auf das mögliche Abschieben in Spezialgefängnisse, sondern auch auf unseren täglichen Umgang mit Drogenkonsumenten).
– Wir müssen Wege einschlagen, die die gesellschaftliche Integration des Drogenkonsums ermöglichen. Die Grundbedürfnisse: Wohnen, Essen, Arbeit, soziale Kontakte etc. müssen erfüllt werden.



Jede Hilfe muss sich vom Prinzip der Selbstverantwortung leiten lassen, d.h. dass der Betroffene seine Hilfe selbst wählen und auch Fehler machen darf.
Nicht die Droge, nicht der Stoff macht einen Abhängigen zum Kriminellen, sondern die Art und Weise, wie wir die Drogen und die davon Abhängigen aus unserem Leben ausschliessen. Auf der Suche nach Alternativen zu Sondereinrichtungen, nach Wegen, dass Drogenkonsumenten weniger kriminell werden, steht für mich deshalb das Leitmotiv, Drogenkonsumenten nicht auszuschliessen aus unserem Leben, sie nicht in ein Ghetto irgendwelcher Art zu verweisen, sie nicht zu stigmatisieren.

"Nicht die Droge macht einen Abhängigen zum Kriminellen, sondern die Art und Weise, wie wir Drogen und die davon Abhängigen aus unserem Leben ausschliessen"

Die nun folgenden Ideen und Anregungen werden seit einiger Zeit unter Drogenfachleuten diskutiert. Erfreulicherweise sind sie z.T. auch im Drogenbericht der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission vom März 1983 enthalten.

Vorschläge für den Justizbereich

Gesetzgebung

- *Revision des Betäubungsmittel-Gesetzes.*
- *Entkriminalisierung des Haschisch*
- *Straffreiheit für Heroinkonsumenten.*
- *Revision von Zollgesetz und Waren-Umsatzsteuer-Gesetz.*
- *Revision von STGB 58: Nach dieser Bestimmung haben Drogenabhängige Vermögensvorteile aus Drogengeschäften dem Staat zu erstatten. Dies sind Beträge, die meist in die Zehntausende von Franken gehen.*

Rechtssprechung

– Vermehrtes Aussprechen von ambulanten und stationären Massnahmen anstelle von unbedingten Gefängnisstrafen.
– Keine Anordnung von Zwangstherapien. Die sogenannt Nicht-Motivierten würden in den Normalvollzug eingewiesen.
– Möglichkeit des Wechsels vom Vollzug in eine Massnahme, was heute ja nur in umgekehrter Richtung möglicht ist.

Vollzug

– Ausbau des Massnahmevollzugs, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ.
– Freiwillige Therapiemöglichkeit während des Vollzugs, aber ausserhalb und unabhängig.
– Spezielle Ausbildung des Personals mit besonderem Gewicht auf Selbsterfahrung. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Konzept und die erfolgreiche Arbeit der Arbeitserziehungsanstalt Arxhof.

Untersuchungshaft

– Möglichst kurze Dauer der Untersuchungshaft.
– Möglichkeit des körperlichen Entzugs unter ärztlicher Leitung.
– Die Apathie des Untersuchungsgefangenen muss verhindert werden, dadurch, dass er über die ihm offenstehenden Möglichkeiten informiert wird.
–Beizug von Sozialarbeitern, die von der Justiz unabhängig sind, sofern der Jugendliche es wünscht. Erfahrungsgemäss ist nur so Motivationsarbeit eventuell möglich.
– Möglichkeiten des vorzeitigen Massnahme-Antritts.

Im ambulanten Bereich fehlen:

– Wohnungen, Häuser und begleitende Wohngruppen.
– Selbsthilfeangebote für Jugendliche, in die sich Drogenabhängige integrieren können.
– Temporäre Arbeitsmöglichkeiten, geschützte und halbgeschützte Arbeitsplätze etc.

Angebote für Drogenabhängige, die auf der Gasse sind:

– Treffpunkte für Drogenabhängige und andere Randgruppenjugendliche, in denen sie sich ohne Angst vor Entdeckung und Verhaftung aufhalten können.
– Notschlafstellen
– Breiteres Angebot von Entzugsmöglichkeiten insbesondere mit niedriger Eintrittsschwelle, d.h. es gibt keine Wartefrist, es muss kein Anschlussprogramm feststehen, es braucht kein Arzt-Zeugnis usw. In Zürich gibt es seit bald 1 Jahr die Entzugsstation Bombach, die nach diesen Kriterien arbeitet und immer voll besetzt ist (oder in Basel die Cikade).

Angebote für Beratungsstellen

Auch in den Beratungsstellen herrschte lange Zeit die Ideologie, dass ein Drogenabhängiger nur in einer stationären Langzeittherapie von seiner Sucht loskommen kann. Heute realisieren wir, dass es unter Umständen genauso wichtig ist, dass ein Drogenabhängiger vorerst in seinem angestammten sozialen Umfeld bleiben kann, dass er zum Beispiel die Schule weiter besuchen oder die Lehre abschliessen kann.
Um dies zu ermöglichen, fehlen u.a.:

– begleitete Familienplazierungen wie das Projekt Prisma in Bern.
– Toleranz bei der Integration in den normalen Arbeitsprozess.
– Ambulante psychosoziale Programme, wie z.B. Ersatzdrogen-Programme, Programme für den Bildungsbereich.
– Schulprojekte

Angebote für therapeutische Wohngemeinschaften

– Vielfalt des Angebots bezüglich Grösse (es fehlen z.B. familiäre WGs), bezüglich Ort (wir brauchen Angebote auf dem Land und in der Stadt), bezüglich Arbeitsangebote.
– Keine unnötigen Hierarchisierungen der Strukturen. Bei kleinen WG's ist die Gefahr geringer als bei grösseren.
– Anbieten von realitätsnaher Arbeit, um die Integration in den normalen Arbeitsprozess zu erleichtern.
– Die Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Stellen und den stationären unter sich sollte mehr beachtet werden.
– Besseres Einbeziehen der Erkenntnis, dass die Entwicklung zur Drogenfreiheit in Phasen geschieht, dass Rückfälle also dazugehören.

Wenn wir sogenannte Rückfälle als Element der Entwicklung wirklich akzeptieren, bedeutet dies, dass wir sie in den Jahresstatistiken – und dies geht speziell an die Adresse der Geldgeber – nicht negativ bewerten.

Angebote in den Bereichen Wiedereingliederung und Nachsorge

Bei der Wiedereingliederung ist eine dem Betroffenen entsprechende Arbeit von ganz entscheidender Bedeutung. Wie z.B. die Untersuchung von Christian Bernath zeigt, stehen Rückfälle auch immer in Verbindung mit einer unbefriedigenden Arbeitssituation.
Arbeit heisst zugleich finanzielle Unabhängigkeit, heisst Anerkennung und soziale Beziehungen. Bei der Arbeits- und Wohnungssuche für Jugendliche fühle ich mich als Beraterin hilflos und ohnmächtig, weil Angebote fehlen.

– Verpflichtung von grösseren Betrieben, ehemalige Drogenabhängige prozentual zu ihrer Grösse anzustellen. (Denkbar wäre eine finanzielle staatliche Unterstützung).
– Auch hier Bildungs- und Schulangebote, damit spezifische Defizite behoben und die Freude am Lernen gefördert werden kann.
– Hilfe bei der Schuldensanierung, wie sie z.B. der Verein Neustart in Basel anbietet.

Wir sind an einem Wendepunkt

Für die Verwirklichung dieser und zusätzlicher Ideen sollten für Experimente Freiräume geschaffen und Geld zur Verfügung gestellt werden. Rufen wir uns in Erinnerung, dass die heute anerkannten

"Die Motivationsfrage stellt sich mehr bei den Politikern und Spezialisten als bei den Drogenkonsumenten selbst."

therapeutischen Wohngemeinschaften gerade aus den zur Verfügung gestellten Freiräumen entstanden sind. Experimente akzeptieren heisst auch, dass wir alle, die in irgendeiner Form mit Drogenkonsumenten und -abhängigen zu tun haben, flexibel sein müssen. Flexibel z.B. neue Ideen zu überprüfen oder flexibel in der Auslegung der geltenden Gesetze, die ja einen grösseren Spielraum lassen, als er üblicherweise ausgeschöpft wird. Prof. Stratenwerth schrieb in seinem Artikel: "Die strafrechtliche Verfolgung Drogenabhängiger, ein Programm" in der NZZ vom 11. Oktober 1980 dazu:

"An rechtlichen Gründen muss ein vernünftiger Versuch der strafrechtlichen Behandlung Drogenabhängiger nicht scheitern. Man muss ihn allerdings wollen."

Sollen Drogenkonsumenten überhaupt eine reale Chance haben, in die Gesellschaft integriert zu werden, bedingt dies von uns allen Toleranz bezüglich einer anderen Lebensweise und anderen Idealen als den heute herrschenden.

Zur Autorin: **Katrin Kroner**, lic. iur., ist Mitarbeiterin der Jugend-, Eltern- und Drogenberatungsstelle CONTACT Bern, Laupenstr. 49, 3008 Bern.